



Bundeskongress 18. – 20. April 2008, Kassel

Gute Arbeit – Sicherheit im Alter – Gemeinsam für Gerechtigkeit

Rede Ottmar Schreiner
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen/Betriebsorganisation (AfA)

Ottmar Schreiner

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist heute schon vieles gesagt worden, aber noch nicht von jedem. Ich werde auf den einen oder anderen Punkt noch mal deutlicher eingehen, wo der Widerspruch zu dem, was teilweise hier gesagt worden ist, noch etwas offensiver formuliert werden müsste.

Das gilt insbesondere für die Rentenpolitik, weil ich nicht glaube, dass die Stabilitätsfrage geklärt ist, wie Olaf Scholz eben sagt. Olaf sagt, die Stabilitätsfrage der sozialen Sicherungssysteme ist geklärt. Welche Stabilitätsfrage?

Wenn er damit meint, dass auf einer abstrakten Ebene die sozialen Sicherungssysteme inzwischen wieder kostenmäßig einigermaßen im Lot sind, dann hat er Recht. Wenn er aber damit meinen sollte, die Stabilitätsfrage derjenigen, die in absehbarer Zeit Rentnerinnen und Rentner werden, sei geklärt, hat er in weiten Teilen Unrecht, weil wir es nicht nur im Einzelfall, sondern massenweise wieder mit Altersarmut zu tun bekommen werden, sofern die Weichen nicht rechtzeitig umgestellt werden.

Wenn man sich die aktuelle Diskussionslandschaft anschaut, ist das Wort *Gerechtigkeitslücke* fast zum Unwort des Jahres geworden. In der aktuellen Literatur, taucht immer wieder die Frage auf: Wie viel Spaltung verträgt die deutsche Gesellschaft? Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie? Das ist die eigentliche Kernfrage: Wie viel Spaltung verträgt die deutsche Demokratie?

Ich habe vor 14 Tagen einen Aufsatz von Sigmar Gabriel im Spiegel studiert und bin dabei auf ganz erstaunliche Erkenntnisse gestoßen. Sigmar attackiert in scharfen Worten die wachsenden sozialen Spaltungsprozesse in Deutschland. Er redet davon, das Grundversprechen der sozialen Marktwirtschaft – *Wohlstand für alle* – sei für immer mehr Menschen in Deutschland eine realitätsferne Vokabel geworden. Er schreibt, die gesellschaftliche Mitte, die Mittelschichten bröckeln immer stärker ab, Verunsicherung und Abstiegsängste nehmen dort zu. Das sind ja auch die Facharbeiter und Angestellten. Sigmar schreibt, die wachsende Unsicherheit bestimme den Alltag von immer mehr Menschen. Er schreibt von drohender Altersarmut und sinkenden Reallöhnen. Und er redet von der immer ungerechter

werdenden Vermögens- und Einkommensverteilung. Diese Kritik, diese Analyse gipfelt in der Zusammenfassung: *Die Dynamik der gesellschaftlichen Spaltung hierzulande, habe zu einem „Neofeudalismus“ geführt, der inzwischen Züge einer Klassengesellschaft trage.* So scharf habe ich es bisher noch nicht formuliert, dass wir in einer neofeudalen Gesellschaft leben, die Züge einer Klassengesellschaft trägt. Er beschreibt die gesellschaftliche Entwicklung der letzten 10, 15 Jahre. Und er beruft sich dabei auf Ferdinand Lassalle, von dem der Satz stammt: „Sage, was Sache ist.“ Oberste Aufgabe eines Sozialdemokraten sei zunächst einmal zu sagen, was ist.

Ich kann nur zustimmen: Sigmar Gabriel hat die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen der letzten 10, 15 Jahre nach meiner festen Überzeugung richtig beschrieben hat – immer mehr Ungleichheit, immer mehr Ungerechtigkeit, im Bildungssystem, im Bereich der Einkommen, im Alter, bei den Vermögen usw., usf.

Aber dann fehlt der entscheidende zweite Schritt. Dann muss man auch Ross und Reiter benennen und sagen, wo die Ursachen dieser Fehlentwicklungen sind. Ich habe kein Problem zu sagen, dass die Steuer- und Finanzpolitik der letzten 15 Jahre falsch war, weil die öffentlichen Hände ihre Aufgaben nicht mehr ausreichend wahrnehmen können, das deutsche Bildungssystem in großen Teilen versagt, weil in Deutschland Kinder von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Arbeiterkinder, Migrantenkinder kaum eine Chance haben, sozial aufzusteigen, ihre eigenen Talente zu entfalten – in der Schule und später im Beruf. Da müsste man dazu sagen, dass die deutsche Steuer- und Finanzpolitik der letzten Jahre auch deshalb falsch war, weil sie die Oberschichten privilegiert hat, die Mittelschichten geschwächt hat und die Unterschichten ebenfalls.

Bei den Unterschichten sind die Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags und die Absenkung des Eingangssteuersatzes mehr als ausgeglichen worden durch Maßnahmen wie z.B. die massive Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Kürzung der Pendlerpauschale, die massive Verteuerung von Lebensmitteln und Energie. Diese Kostenblöcke nehmen im Bereich der Unterschichteneinkommen einen viel größeren Anteil ein als bei den Oberschichteneinkommen. Die Mittelschichteneinkommen sind nach den Untersuchungen, die ich kenne, in den letzten 10 Jahren ebenfalls deutlich rückläufig. Das hängt zusammen mit der Steuerpolitik. Und die einzigen, die wirklich

von der deutschen Steuerpolitik der letzten 10 Jahre profitiert haben, sind die Oberschichten. Das hat mit allem zu tun, aber sozial gerecht ist das nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

Das Gleiche gilt für die Arbeitsmarktpolitik. Wenn man über Fehlentwicklungen redet, wo waren die Ursachen? Es war ein kardinaler Fehler, durch eine falsche Arbeitsmarktpolitik in Deutschland den Niedrig- und Armutslohnsektor gewissermaßen gesellschaftlich salonfähig machen zu wollen. Das war ein kapitaler Fehler und das muss man dann auch so sagen, liebe Genossinnen und Genossen.

Daraus werden jetzt erste Schlussfolgerungen gezogen. Das geltende Recht lautet: Einem Arbeitslosen, egal mit welcher Qualifikation, ist jede Arbeit – Klammer auf – zu jedem noch so beschissenen Einkommen – Klammer zu, zumutbar. Das ist geltendes Recht. Das hat dazu geführt, dass wir inzwischen einen Armutslohnsektor bekommen haben, für den man sich schämen muss. Ihr kennt die Zahlen. Es ist richtig, dass die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in wesentlichen Teilen diese Fehlentwicklungen korrigieren würde.

Vor drei Jahren noch wurde die Forderung nach gesetzlichen Mindestlöhnen von ver.di und den anderen Dienstleistungsgewerkschaften politisch kaum unterstützt. Wir waren die erste Arbeitsgemeinschaft, die erste Untergliederung in der SPD, die dazu sehr klare Entschlüsse gefasst hat, als das Ganze noch sehr, sehr aussichtslos aussah: Olaf Scholz sagte mir damals, er sei ein entschiedener Befürworter der Mindestlöhne. Deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass dieses Thema zumindest, und es ist ein zentrales politisches Projekt, in seinen Händen in guten Händen ist. Auch das muss man fairerweise sagen, wenn man mit dem Bundesarbeitsminister diskutiert, liebe Genossinnen und Genossen.

Wenn Genossen wie Sigmar Gabriel nun künftige Rentnerarmut beklagen, dann muss dazu gesagt werden, dass die zentralen falschen Weichenstellungen nicht mit der Rente 67 erfolgt sind. Die zentrale falsche Weichenstellung ist im Jahre 2001 und später erfolgt durch die so genannten Rentenreformen, die mit dem Namen Riester verbunden sind. Da sind die zentralen falschen Weichenstellungen erfolgt, liebe Genossinnen und Genossen. Das muss man auch aussprechen können.

Also, Ross und Reiter nennen! Nur dann werden wir als SPD die Glaubwürdigkeit wieder zurückgewinnen, die wir brauchen, um verlorene Wählerschichten wieder an uns binden zu können. Und diese Diskussion muss die SPD kritisch führen und daraus Konsequenzen ziehen. Es nutzt überhaupt nichts, über stellvertretende Parteivorsitzende Ersatzdiskussionen führen zu wollen, wer mit wem, und wie der Ringelpietz mit Anfassen in dieser Republik aussieht. Es muss die Debatte geführt werden, ob Kernelemente der Agenda 2010 die Entsozialdemokratisierung der SPD bedeutet haben oder ob sie richtungsweisend für die Zukunft sind, wie einige meinen.

Gabriel sprach von einer heraufziehenden Klassengesellschaft. Ich glaube, auch da kann man ihm zustimmen. Ich habe immer den Unterschied zwischen Klassen und Schichten so begriffen: Schichten, das ist noch eine Gesellschaft, die durchlässig ist, wo diejenigen, die unten sind, Aufstiegsmöglichkeiten haben. In allen Untersuchungen, die mir geläufig sind, wird gesagt: Wenn man mal im Keller dieser Gesellschaft angelandet ist, sind die Aussichten, da jemals wieder rauszukommen, außerordentlich gering. Das hat sich verfestigt mindestens zu klassenähnlichen Strukturen. Das ist im Bildungssystem zu besichtigen, auch auf dem Arbeitsmarkt zu besichtigen und in anderen gesellschaftlichen Feldern auch.

Fachleute sagen inzwischen: Wir haben eine verfestigte Situation. Ganz oben ca. 20 %, die materiell frei leben können, wie sie es gerade wünschen. Unten eine wachsende Unterschicht, inzwischen auf 25 % angewachsen mit steigender Tendenz. Und eine abschmelzende, in Teilen nach unten absackende Mittelschicht.

Die deutsche Nachkriegsentwicklung hatte ihr stabilstes Fundament in den Mittelschichten. In den 50er, 60er Jahren wurde von einer nivellierten Mittelschichtgesellschaft gesprochen. Willy Brandt hat den Begriff der gesellschaftlichen Arbeitnehmermitte geprägt. Willy Brandt war es gewesen mit dem großen gesellschaftspolitischen Reformprojekt, ein Bündnis zwischen den Interessen der Mitte und denen der Unterschicht zu schmieden. Wenn die SPD die Unterschichten vergisst oder verliert, werden wir nie mehr wieder in dieser Gesellschaft mehrheitsfähig sein, liebe Genossinnen und Genossen.

Die Unterschichten alleine reichen nicht. Das weiß ich wohl. Wir brauchen große Teile der Mitte. Der allergrößte Teil der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, vom Diplomingenieur bis zur Verkäuferin, gehören zur gesellschaftlichen Mitte. Die haben wir mit anzusprechen. Und wir haben die Interessen zu verknüpfen. Wenn wir das wieder schaffen würden, anstatt den Eindruck zu erwecken, das, was da ganz unten vorgeht, berührt uns eigentlich gar nicht mehr so sehr, dann wäre ich optimistisch genug, dass wir es wieder schaffen würden, andere Mehrheiten zustande zu kriegen, als wir gegenwärtig haben.

Wir haben im Großen und Ganzen drei zentrale Spaltungslinien. Da kann die Antwort der SPD ja nur sein: Integration statt Spaltung!

Wir haben die große Spaltung im Bildungssektor. In keinem Land Europas, das ist ein herausragendes Ergebnis der PISA-Studien, werden Kinder aufgrund ihrer sozialen Herkunft so massiv benachteiligt und diskriminiert, wie dies hier und heute in Deutschland der Fall ist. Man kann es im Extremfall auf einen einfachen kleinen Dreisatz bringen. Inzwischen hat über ein Drittel aller Kinder in Deutschland einen Migrationshintergrund. Das Kind eines Migranten in Deutschland hat eine 50-fach geringere Chance Abitur zu machen, als das Kind eines Vaters aus der Oberschicht. Bei deutschen Arbeiterkindern sieht es nicht wesentlich anders aus.

In den deutschen Strafanstalten hat jeder Tausendste Insasse Abitur. Das heißt, wenn wir über Jugendkriminalität, über Gewalt reden, müssen wir auch über von unserem Bildungssystem verweigerte Bildungschancen reden.

Nur eine kleine Minderheit glaubt, dass es in Deutschland einigermaßen gerecht zugeht. Das hat es in konjunkturell gut laufenden Phasen noch nie gegeben, dass nur wenige Menschen noch Vertrauen in die Segnungen der Marktwirtschaft haben. Die allermeisten Arbeitnehmer haben von der guten Konjunktur kaum profitiert. Die Gründe liegen natürlich auch darin, dass in wachsendem Maße viele Unternehmensführungen die Belegschaften erpressen. Ob sie Produktionsanlagen auslagern wollen oder nicht, das können Betriebsräte und Belegschaften häufig sehr schwer beurteilen, aber die bloße Nötigung, die Drohung mit der Auslagerung greift in vielen Fällen schon, schüchtert ein, macht konzessionsbereit.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, halte ich es für richtig, dass wir auf dieser Konferenz eine neue Mitbestimmungsregelung verabschieden. Wir machen der SPD den Vorschlag, die Regelung im VW-Gesetz, wonach im Falle von Auslagerungen, Verlagerungen, Verlegungen Zwei-Drittel-Mehrheiten im Aufsichtsrat erforderlich sein müssen, allgemein gelten soll. Das hat sich bei VW über Jahrzehnte bewährt und das wollen wir generell zur Geltung bringen, liebe Genossinnen und Genossen, um diesem Spuk ein Ende zu machen.

Ich will doch noch zur Rente ein paar Sätze sagen, weil ich die Situation deutlich dramatischer einschätze, als Olaf das eben gemacht hat.

Zunächst einmal finde ich es löblich, wenn man sagt, wir müssen uns im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik mehr um die Langzeitarbeitslosen kümmern. Wenn ich Langzeitarbeitsloser wäre, würde ich dann sehr genau hinhören. Einer der Redner eben hat es schon gesagt. Für ein Jahr Hartz-IV-Bezug wird eine jährliche Rentenanwartschaft von 2,19 Euro erworben. Bei keiner anderen gesellschaftlichen Gruppe hat die Politik in den letzten Jahren so brutal zugeschlagen wie bei den Rentenansprüchen der Langzeitarbeitslosen, liebe Genossinnen und Genossen.

Der Rentenversicherungsbeitrag für Langzeitarbeitslose ist seit 1999 viermal hintereinander gekürzt worden. 1999 betrug die Bemessungsgrundlage noch 80 % des letzten Einkommens der damaligen Arbeitslosenhilfeempfänger. Da ist ein Rentenanspruch entstanden, der die Risikoabwälzung von Arbeitslosigkeit auf Altersarmut noch einigermaßen eingrenzen konnte. Bei 2,19 Euro gibt es keine Risikoeingrenzung mehr. Es ist auch der Satz falsch, *Arbeitslosigkeit führt zur Altersarmut*. Der Satz lautet richtig: *Die politischen Kürzungen führen zu Altersarmut bei Langzeitarbeitslosen*. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist die Wahrheit.

Das Gleiche gilt für die so genannte Riester-Rente. Walter Riester hält ja gerne Vorträge. Das ist auch sein gutes Recht. Das kann man hin und wieder im Spiegel nachlesen. Das ist eine in jeder Hinsicht angenehme Nebenbeschäftigung.

Es hat vor wenigen Wochen eine Untersuchung gegeben, die ist zusammengefasst worden in der Wochenzeitung DIE ZEIT. Die Untersuchung stammt von drei

Wissenschaftlerinnen und einem Wissenschaftler von der Freien Universität Berlin. Der Kern dieser Untersuchung lautet:

Erstens: Im Jahr 2009 kostet die Riesterrente den Staat 12,5 Mrd. Euro. Zweite Aussage: Die Riesterrente führt in der Regel nicht zu zusätzlichem Sparverhalten, sondern in der Regel geht es um nichts anderes als um die Umschichtung vorhandener, weniger rentabler Ansparprodukte in deutlich rentablere Riesterprodukte, und das für die Besserverdienenden.

Genossinnen und Genossen, das ist Sozialpolitik paradox, wenn der Staat jährlich fast 13 Milliarden Euro zum Fenster rausschmeißt, um Zusatzrenten bei denen zu fördern, die es am wenigsten nötig haben, und auf der anderen Seite tatenlos zuguckt, wie die Niedriglöhner später im Alter zurechtkommen sollen. Das ist Sozialpolitik auf den Kopf gestellt, liebe Genossinnen und Genossen.

Jetzt stehe ich kurz davor, mich doch etwas zu erregen, deshalb muss man das jetzt wieder etwas dämpfen. Ich will zum Schluss noch ein paar Zahlen vortragen, damit wir wissen, worüber wir reden, wenn wir über drohende Altersarmut reden.

Ein Durchschnittsverdiener, der so genannte *Eckrentner*, mit 45 Versicherungsjahren, hat gegenwärtig 1.066 Euro im Westen, 939 Euro im Osten. Das ist nicht der Durchschnittsrentner, es ist der Eckrentner. Der Eckrentner ist eine Kunstfigur der Statistiker – 45 Jahre Beiträge gezahlt, Durchschnittseinkommen verdient. Die Durchschnittsrenten liegen übrigens deutlich niedriger. Wenn ich mir den ehemaligen Bundespräsidenten anhöre. Der hat ein Kombieinkommen, das sich gewaschen hat. Der hat eine satte Pension. Der hat Tantiemen, der hat sonst welche Zulagen. Der weiß gar nicht wohin mit seinem Geld. Offenkundig haben diese Schnarcher nicht die geringste Vorstellung mehr von dem, was unten im wirklichen Rentnerleben vor sich geht, welche Einkommen dort erreicht werden, liebe Genossinnen und Genossen.

Jetzt will ich euch ein paar Zahlen nennen: Dieser so genannte Eckrentner braucht zurzeit 25 Versicherungsjahre, um eine Rente in Höhe der Sozialhilfe bzw. der Grundsicherung, das ist alles dasselbe, zu bekommen. Dazu braucht er zurzeit 25 Jahre. Er braucht, wenn die ganzen Stufen, die seit 2001 beschlossen worden sind,

in Kraft getreten sein werden, bereits 35 Jahre. Und wenn die Rente mit 67 dazu kommt, dann braucht er 37 Jahre Beiträge bei Durchschnittseinkommen, um eine Rente in Höhe der Sozialhilfe zu erhalten. Das ist die Kürzung des Rentenwertes um deutlich über 20 %, beschlossen im Jahre 2001.

Jetzt sage ich eine zweite und letzte Zahl: Wenn heute jemand 1.450 Euro brutto verdient – es sind nicht wenige, die verdienen deutlich weniger bei Vollzeitarbeit – wenn heute jemand 1.450 Euro brutto verdient, das ist umgerechnet ein Bruttostundenlohn von 7,80 Euro, also knapp oberhalb des geforderten Mindestlohnes, dann braucht er mit diesem Einkommen heute 45 Beitragsjahre, um eine Rente in Höhe der Sozialhilfe zu erhalten. Der Mindestlohn schützt zwar vor Lohnarmut, nicht aber vor Altersarmut.

Genossinnen und Genossen, ich vermute, dass eine solche Entwicklung zum raschen Ruin der gesetzlichen Rentenversicherung führen wird. Kein Mensch wird mehr bereit sein wird, in ein System jahrzehntelang Beiträge zu zahlen – und Beiträge zahlen heißt in einem enormen Maße Lohnverzicht üben –, wenn später nicht mehr als das rauskommt, was die Sozialhilfeempfänger immer schon erhalten haben. Das wäre das Ende der gesetzlichen Rentenversicherung.

Darauf wollen nicht wenige hinarbeiten. Dem ist so. Deshalb werden wir in der SPD eine sehr, sehr grundlegende Debatte führen müssen über die Zukunft des Altersversicherungssystems. Es reicht nicht aus, über Detailfragen zu diskutieren. Ich glaube, Olaf war es oder ein anderer hat gesagt, wir haben in Deutschland 2,5 Millionen Soloselbständige. Da sind so viele arme Kräuter dabei. Ein Drittel von ihnen hat weniger als 1.100 Euro im Monat. Versicherungsansprüche werden nicht aufgebaut, weil das Einkommen nicht reicht. Das sind die Sozialfälle von morgen. Wenn man diese Gruppe in das System der solidarischen Rentenversicherung einbeziehen will, dann muss man die Konstruktion des sozialen Ausgleichs nicht irgendwo am Rande oder an Details neu justieren, dann geht es nur mit einer grundlegend neuen Orientierung beim sozialen Ausgleich.

Um das jetzt auf eine aus der Schweiz stammende Formel zu bringen: Millionäre brauchen die gesetzliche Rentenversicherung nicht, aber die Rentenversicherung braucht die Millionäre, liebe Genossinnen und Genossen. Deshalb fordern wir eine

Einbeziehung aller Einkommen und die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Das ist der Kern des Schweizer Systems. Das kann man modifizieren und das kann man in der einen oder anderen Frage in einer etwas variierten Form machen. Aber die Grundorientierung halte ich für völlig richtig. Und die Schweiz ist nach wie vor, wie man weiß, kein kommunistisches Land. Aber die sozialen Ausgleichsmechanismen sind unvergleichlich größer als dies in Deutschland je der Fall gewesen ist.

Letzte Bemerkung zur Globalisierung, weil immer wieder gesagt worden ist, *die Globalisierung erzwingt das alles*. Das ist der größte Unfug aller Zeiten. Ich habe fünf Jahre in der Globalisierungs-Enquetekommission im Deutschen Bundestag gesessen. Die Kommissionsergebnisse sind von der damaligen Bundesregierung 2002 nicht einmal mehr zur Kenntnis genommen worden. Die bastelten schon an ihrer Agenda 2010.

Die Globalisierung führt in Deutschland, zusammen mit dem technischen Fortschritt, zu nichts anderem als zu einem beschleunigten strukturellen Wandel hin zu technologisch immer höherwertigen Produkten. Das sind die großen Stärken des Exportweltmeisters Deutschland, die Qualität seiner Produkte, die Qualität seiner Arbeitskräfte. Das ist tausendmal wichtiger als ein oder zwei Prozentpunkte mehr oder weniger Lohnnebenkosten.

Es gibt aber dann die Verlierer. Das sind die Geringqualifizierten. Dann hat eine Gesellschaft oder die Politik zwei Möglichkeiten mit den Verlierern umzugehen. Die erste Möglichkeit ist, die Verlierer, die geringer Qualifizierten, kollektiv in einen Niedriglohnsektor hineinzudrängen. Genau dieser Weg ist in Deutschland spätestens seit 2003 beschritten worden, mit einem enormen Aufblähen des Niedriglohnsektors. Im Übrigen hätte ich die Zahlen vortragen können von der Untersuchung, dass inzwischen 70 % der Beschäftigten im Niedriglohnsektor berufsqualifizierende Abschlüsse haben, dass da immer mehr Verdrängung stattfindet. Die Alternative zu dieser Strategie wäre: Bildung und Weiterbildung. 8 % der deutschen Arbeitnehmer über 50 nehmen an Weiterbildungsmaßnahmen teil. Es sind nicht mehr, weil nicht mehr angeboten wird.

Wir brauchen ein Weiterbildungsrahmengesetz. Wir brauchen Regelungen, wonach die unqualifizierten Unter-30-Jährigen, das sind rund eine Million, die noch in Beschäftigung sind, ihre Qualifikation nacharbeiten können. Wir brauchen viel mehr Investitionen im Bereich der Bildung bei vorschulischen Einrichtungen. Ich habe darauf hingewiesen – Bildung, Bildung, Bildung. Der Staat hat das genaue Gegenteil gemacht. Da, wo er unmittelbar Einfluss hatte, hat er das, was an Qualifizierungsmaßnahmen, an Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit vorhanden war, um über zwei Drittel rabiät zusammengestrichen – Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sind inzwischen eine randläufige Angelegenheit – und ersetzt durch das perspektiv- und fantasielosste Instrument, das jemals Einzug in die deutsche Arbeitsmarktpolitik gefunden hat, nämlich den billigen Jakob, 1-Euro-Jobs.

Hier liegen die zentralen falschen Weichenstellungen, wenn wir darüber reden, wie es in Zukunft weitergehen soll.

Ich will zum Schluss noch, liebe Genossinnen und Genossen, sagen, dass ich den neuen Parteivorsitzenden, so neu ist er ja nicht mehr, dem Kurt Beck, sehr verbunden bin. Das sage ich hier ausdrücklich auch vor diesem Kreis, nicht, weil ich zu denen gehöre, die gerne irgendwelchen Weihrauch verbreiten, sondern weil Beck, seitdem ich Vorsitzender dieser Arbeitsgemeinschaft bin, der erste Parteivorsitzende ist, von dem ich den Eindruck habe, dass er kapiert, was bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern los ist.

Ich glaube, wir sollten diese Chance nutzen. Ich glaube, dass die Ansagen ernst gemeint sind, auch für diese Arbeitsgemeinschaft, dass wir drauf hinwirken wollen, auch in den Regionen wieder Präsenz zu zeigen, die in den letzten Jahren – auch auf Betreiben gewisser Partei-Größen oder wie auch immer – eher ausgedörrt worden sind. Wir sind da, glaube ich, alles in allem auf einem guten Weg und ich bin eigentlich sehr stolz auf diese Arbeitsgemeinschaft, weil diese Arbeitsgemeinschaft in sehr, sehr schwierigen Zeiten stehen geblieben ist. Ich glaube, im Nachhinein gesehen, es hat sich gelohnt, stehen geblieben zu sein, und für die eigenen Grundsätze eingetreten zu sein. Wir sind inzwischen nicht mehr irgendwo am Rande. Die Stimmungslage in der Bevölkerung insgesamt hat sich gedreht. Wenn man sich mal die Umfragen, die seit Monaten veröffentlicht werden, anschaut, könnte man ja

meinen, dass eine Sozialdemokratische Partei, die ernst genommen wird, fast über ein absolute Mehrheit verfügen müsste, was die Leute alles sich vorstellen bei Altersversorgung, 80 % für Mindestlohn usw., usf. Die Umfragen sind eindeutig so, dass die große Mehrheit der Bevölkerung die neoliberalen Experimente stinkesatt hat und eine vernünftige solidarische Politik haben will.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, wir waren auf dem richtigen Dampfer, wir sind auf dem richtigen Dampfer und das wird so bleiben. Danke für die Aufmerksamkeit.